

Sonntag, 29. April 2012 18:19 Uhr

URL: <http://www.giessener-anzeiger.de/lokales/aus-der-nachbarschaft/wetteraukreis/11913742.htm>

# Gießener Anzeiger

WETTERAUKREIS

---

## Keine Teilnahme an Internet-Projekt

28.04.2012 - WETTERAUKREIS

### Kreistag gegen Aufnahme auf „abgeordnetenwatch.de“

(jwn). Der Kreistag wird nicht am Informationssystem „Abgeordnetenwatch“ teilnehmen. Das beschloss die Mehrheit der Abgeordneten während der jüngsten Sitzung gegen die Stimmen der Freien Wähler und der Piratenpartei.

Die hatten den Antrag gestellt, dass der Kreistag an einem Pilotprojekt der Plattform [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) teilnehmen solle. Diese biete ihren Service seit Neuestem auch auf kommunaler Ebene an. Darmstadt-Dieburg sei als erster und bisher einziger hessischer Landkreis von Anfang an dabei. Wenn sich der Wetterauer Kreistag aufnehmen lasse, hätten die Bürger die Möglichkeit, die Abgeordneten des Kreistags gezielt anzusprechen und öffentlich zu befragen.

In einem zweiten Schritt könnten später auch Ausschussmitgliedschaften und - sofern vom Kreistag bereitgestellt - namentliche Abstimmungsergebnisse bei wichtigen Entscheidungen erfasst und dokumentiert werden. Einer der Antragsteller, Stephan Flindt von der Piratenpartei, versuchte die Bedeutung anhand eines Beispiels deutlich zu machen: Allein in den vergangenen Tagen hätten die Piraten zahlreiche Anfragen und Meinungsäußerungen zur Schließung des Ockstädter Schwimmbads erreicht.

Doch er konnte die Mehrheit des Kreistags nicht überzeugen. „Kein Bedarf. Und außerdem haben wir als ehrenamtliche Kommunalpolitiker kaum Zeit für eine derartige Kommunikationsplattform“, sagte Marion Götz (SPD). Ihrer Ansicht nach gebe es genug Möglichkeiten, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Auch über das Internet könne der Bürger schon jetzt die meisten Kommunal- und Kreispolitiker erreichen und ihnen gezielt Fragen stellen. Auch CDU-Fraktionschef Alexander Kartmann wehrte sich gegen den Beitritt zu „abgeordnetenwatch.de“. Es gebe auch juristische Bedenken, denn der Kreistag dürfe nicht automatisch die persönlichen Daten der Abgeordneten an den Betreiber der Plattform weiterleiten. Rüdiger Maas (Grüne) zweifelte die Akzeptanz des Angebots an. „Auf Bundesebene wird die Plattform kaum genutzt. Im hessischen Landtag sind im vergangenen Jahr nur 298 Fragen eingegangen, von denen auch nur 210 beantwortet wurden.“

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Gießener Anzeiger